

Sehr geehrte Damen und Herren  
Liebe Freunde

Was sich die arbeitende Bevölkerung selbst leisten muss, soll nun für Personen im Asylprozess ganz selbstverständlich werden. Familien und die steuerzahlenden Bürger müssen sich fragen, ob sie nicht vielleicht den falschen Pass besitzen...

1,5 Mio. Migranten würden im Jahr 2015 auf illegale Weise nach Europa kommen, titelte „LeMatin“ am 29. November 2015. Viele davon dürften die Schweiz anpeilen – es locken schliesslich hier üppige Sozialleistungen und medizinische Versorgung auf höchstem Niveau. Aber Bund, Kantone und Gemeinden sind bereits heute mit der Infrastruktur und den damit verbundenen stark steigenden Sozialkosten am Anschlag. Das ist eine Folge des Missmanagements der Ausländerbehörden und der ausufernden Auslegung der Asylgesetzgebung.

Viele Kantone sind am Rand dessen angelangt, was sie mit den heute bestehenden regulären Strukturen und Verfahren bewältigen können. Insbesondere bei den Unterkünften ist die Lage ausser Kontrolle.

Obwohl die Zahl der Asylgesuche schwer prognostizierbar ist, muss sich die Schweiz meines Erachtens auf einen Notfall vorbereiten. Geht es auf dem Niveau weiter wie im Herbst 2015, könnten im nächsten Jahr 50'000 oder mehr Gesuche eingehen.

In der Herbstsession 2015 hat der Nationalrat eine rund zehnstündige Debatte über die Asylgesetzrevision geführt. Trotz Versprechen einiger Exponenten der FDP und CVP stimmten diese im Nationalrat konsequent zusammen mit den Linken gegen alle von der SVP eingebrachten Verschärfungen des Asylrechts.

Die Vorlage von Frau BR Sommarugas, welche jegliche demokratische föderalistische und staatspolitische Grundsätze der Schweiz ausser Kraft setzt, wird zu einem massiven Asylkollaps führen und der Schweiz langfristigen Schaden zuführen. Sie hat letztendlich zum Ziel, möglichst viele illegale Einwanderer, Wirtschafts- und Sozialmigranten im Verbund mit der EU in unser Land zu holen, egal ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Mit den geforderten Gratisanwälten für alle Asylsuchenden und der Möglichkeit der diktatorischen Enteignung von Privaten und Gemeinden zur Umnutzung oder zum Neubau von Asylzentren durch den Bund wird eine verfehlte und gefährliche Politik auf dem Buckel der Bürgerinnen und Bürger geführt.

Zu dieser verfehlten Politik muss sich das Volk mit unserem lancierten Referendum äussern können.

Das Chaos in der Flüchtlingspolitik nimmt immer bedenklichere Züge an. Die Kosten steigen und steigen. Die Entscheidungen im Asylbereich von heute werden die Budgets von Gemeinden und Kantonen in Zukunft in Milliardendefizite oder zu Steuererhöhungen treiben.

Alleine im Jahre 2015 stiegen die Kosten beim Bund von 1 Milliarde auf 1,2 Milliarden.

Die jetzigen Flüchtlinge sind erwiesenermassen nicht oder schlecht integrierbar. Somit wird eine Person im Asylwesen bis zum Lebensende in der Sozialhilfe verweilen und uns mehrere Millionen Franken kosten. Hochgerechnet auf mehrere Zehntausend neue Asylanten pro Jahr wird das den Schweizer Steuerzahler mittelfristig zig Milliarden Franken kosten. Die Gemeinden werden unter den horrenden Sozialhilfekosten dieser Flüchtlinge zerdrückt werden.

Wer in einem fremden Land tatsächlich an Leib und Leben bedroht ist, soll bei uns Schutz finden. Das entspricht unserer humanitären Tradition.

Tatsache ist aber leider, dass Asylmissbraucher überall auf der Welt wissen: Die Schweiz handhabt eine zu large Asylpraxis und erbringt hohe Leistungen für Asylbewerber.

Dem ist klar entgegenzutreten. Wir müssen konsequent zwischen echten Flüchtlingen und illegalen Wirtschafts- und Sozialmigranten unterscheiden. Letztere sind umgehend auszuschaffen.

Der Vollzug muss von den Behörden endlich ohne Wenn und Aber durchgesetzt werden. Dies ist mit dem geltenden Asylgesetz bereits möglich.

Leider wehren sich die Kantonsregierungen, welche letztendlich zusammen mit den Gemeinden das Asylchaos ausbaden müssen, zu wenig konsequent gegen die verfehlte Asylpolitik von Bern.

Fehlt ihnen die Einsicht, der Mut oder die Entschlossenheit?

Auf jeden Fall nehmen sie Ihre Verantwortung, in welche sie die Kantonbürger gestellt haben, nicht wahr. Das ist fahrlässig!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen nachträglich ein gutes Neues Jahr, viel Freude und Befriedigung und allerbeste Gesundheit.

Ich freue mich auf unser nächstes Zusammentreffen.

Ihr Thomas Burgherr